

Gesellschaftervereinbarungen

Kinzl

2021

ISBN 978-3-406-65051-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kinzl
Gesellschaftervereinbarungen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gesellschafter- vereinbarungen

Praxishandbuch mit Mustern

Von

Dr. Ulrich-Peter Kinzl

Rechtsanwalt und Steuerberater in Stuttgart

unter Mitarbeit von

Dr. Martin Beutelmann, LL. M.

Rechtsanwalt in Stuttgart

2021


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Kinzl, Gesellschaftervereinbarungen Kap. ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65051 2

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH,
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Gesellschaftervereinbarungen spielen in der Praxis eine große Rolle. Sie sind bei nahezu jeder Rechtsform und bei nahezu jeder Gesellschaft anzutreffen, bieten sie doch aus Sicht der Beteiligten den geeigneten Ort für Absprachen, die die Gesellschafter oder ein Teil der Gesellschafter außerhalb des Gesellschaftsvertrages treffen wollen. Die Gründe hierfür sind so mannigfaltig wie die Regelungsinhalte. Allen solchen Vereinbarungen ist gemein, dass sie Bezug zur Gesellschaft und zum Gesellschaftsverhältnis haben und dieses oftmals maßgeblich beeinflussen, wenn nicht sogar überlagern. Trotz dieser ausgesprochen weiten Verbreitung solcher Nebenvereinbarungen fand sich bislang keine zusammenhängende und in sich geschlossene Abhandlung der mit ihnen verbundenen Rechtsfragen. Das vorliegende Buch greift die praxisrelevanten Themen rund um solche Vereinbarungen auf, stellt die rechtstheoretischen Zusammenhänge her und gibt Formulierungsvorschläge.

Das Werk ist in fünf Teile untergliedert: In einem ersten Teil werden die allgemeinen, auf schuldrechtliche Nebenvereinbarungen anwendbaren Rechtsgrundsätze behandelt, etwa zu Bindungswirkung, Satzungsüberlagerung und Auslegung. Gegenstand des zweiten Teils sind konkrete, in der Rechtspraxis häufig anzutreffende Regelungsgegenstände von Gesellschaftervereinbarungen, beispielsweise Stimmbindungen und Abreden über die Besetzung von Gesellschaftsorganen. Sodann folgt eine kurze Betrachtung möglicher steuerlicher Auswirkungen, die sowohl vorteilhaft als auch nachteilig sein können. Im vierten Teil geht es um kartellrechtliche Aspekte schuldrechtlicher Gesellschafterabsprachen, während im fünften Teil ein komplettes Vertragsmuster die Darstellung schließt.

Die Kartellrechtskapitel hat Herr RA Dr. Martin *Beutelmann*, LL. M. unter Mitarbeit von Herrn RA Dr. Johannes *Scherzinger*, LL. M. verfasst. Die Herren Rechtsanwälte Johannes *Gugel*, Dr. Stefan *Reuter*, LL. M., Maître en droit, und Dr. Max *Kleissler* haben zu anderen Teilen wertvolle Unterstützung geleistet. Allen Genannten gilt mein aufrichtiger Dank.

Stuttgart, im Herbst 2020

Dr. Ulrich-Peter Kinzl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Verzeichnis der Formulierungsmuster	XXVII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
A. Allgemeiner Teil	1
Kapitel 1. Bedeutung und Gegenstand der Nebenabrede	1
Kapitel 2. Einführung: Zulässigkeit und Risiken von Nebenabreden	9
Kapitel 3. Publizität von Nebenabreden; Transparenzregister	11
§ 1 Einleitung; Grundsatz	11
§ 2 Publizität durch Transparenzregister	11
Kapitel 4. Überblick über die auf schuldrechtliche Nebenabreden anwendbaren Rechtsgrundsätze	27
§ 3 Vertragsschluss, Vertragsparteien und Wirkung zugunsten Dritter	27
§ 4 Auslegung, §§ 133, 157 BGB	29
§ 5 Wegfall der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	29
§ 6 Leistungsstörungen, Willensmängel und Grundsätze über die fehlerhaften Gesellschaft	30
§ 7 Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	30
§ 8 Anwendung der Vorschriften über die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	30
Kapitel 5. Unterschiede und Abgrenzung von Satzung und Gesellschaftsvertrag auf der einen und Nebenvereinbarung auf der anderen Seite	31
§ 9 Satzung einer Kapitalgesellschaft und Nebenabrede	31
§ 10 Wechselwirkungen von Nebenabrede und Satzung	41
§ 11 Nebenabreden und Personengesellschaftsvertrag	43
Kapitel 6. Satzungsüberlagernde Nebenabreden	46
§ 12 Problemstellung	46
§ 13 Trennungsprinzip und grundsätzliches Verhältnis zwischen Satzung und Nebenabrede	46
§ 14 Durchbrechungen des Trennungsprinzips	47
Kapitel 7. Umdeutung von Gesellschafterbeschlüssen in schuldrechtliche Nebenvereinbarungen	53
§ 15 Rechtsprechung	53
§ 16 Satzungsdurchbrechende Beschlüsse	55
§ 17 Umdeutung in schuldrechtliche Nebenvereinbarung	57
§ 18 Schuldrechtliche Vereinbarung eines zustandsbegründenden, satzungsdurchbrechenden Inhalts und zur satzungsdurchbrechenden Beschlussfassung	60
Kapitel 8. Formbedürftigkeit von Nebenabreden	62
§ 19 Grundsatz der Formfreiheit	62
§ 20 Ausnahme vom Grundsatz der Formfreiheit: Formbedürftige Nebenabreden	62
Kapitel 9. Nebenvereinbarungen als Gesellschaftsverträge einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	66
§ 21 Zustandekommen des Gesellschaftsverhältnisses	66
§ 22 Innengesellschaft	68
§ 23 Fehlerhafte Gesellschaft	69
§ 24 Fehlerhafte Vertragsänderungen	71
§ 25 Beendigungstatbestände der Nebenvereinbarung bei Begründung eines Gesellschaftsverhältnisses	74

Inhaltsübersicht

Kapitel 10. AGB-rechtliche Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB	75
§ 26 Auslegung	75
§ 27 Abgrenzung von Nebenabreden	78
Kapitel 11. Verhältnis zwischen gesellschafterlicher Treuepflicht und Nebenvereinbarungen	81
§ 28 Einführung: Rechtsnatur der Treuepflicht, Anwendungsbereich und Inhalt ..	81
§ 29 Konkretisierung der Treuepflicht durch außerstatutarische Abreden	82
§ 30 Treuepflichtverletzung bei Abschluss oder Erfüllung einer Nebenabrede	84
Kapitel 12. Unwirksamkeitstatbestände	86
§ 31 Nichtigkeit gemäß §§ 134, 138 BGB sowie wegen Verstoßes gegen die Treuepflicht	86
§ 32 Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen den Gesellschaftsvertrag oder gesellschaftsrechtliche Prinzipien	94
§ 33 Grenzziehung zwischen Nebenabrede und Verbandssouveränität	96
§ 34 Einräumung von Sonderrechten	98
§ 35 Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz	98
§ 36 Verbot von Nebenvereinbarungen in Satzung	101
§ 37 Vinkulierungs- und Höchststimmrechtsklauseln und Nebenvereinbarungen ..	103
§ 38 Scheingeschäft	104
§ 39 Rechtsfolgen bei Teil- oder Gesamtnichtigkeit der Nebenabrede	104
Kapitel 13. Konzernierung durch Nebenabreden	107
§ 40 Allgemeines	107
§ 41 Schutz im faktischen Aktienkonzern	108
§ 42 Schutz im faktischen GmbH-Konzern	110
Kapitel 14. Fernwirkungen	112
§ 43 Kapitalmarktrecht	112
§ 44 Zurechnungsvorschriften nach AktG und HGB	124
§ 45 Beschränkungen des Stimmrechts bei Aktiengesellschaften (§ 134 Abs. 1 S. 2, 3, 4 AktG)	128
§ 46 Konzernabschluss (§ 290 Abs. 3 S. 1, 2 HGB)	128
Kapitel 15. Schutz vor Umgehung gesellschaftsvertraglicher Vinkulierungen und Höchststimmrechte durch Nebenabreden	129
§ 47 Einleitung	129
§ 48 Vinkulierungsklauseln	129
§ 49 Höchststimmrechte	135
§ 50 Fazit	138
Kapitel 16. Gesellschaftervereinbarungen als verdeckte Beherrschungsverträge	139
§ 51 Persönliche und materielle Anforderungen an Unternehmensverträge	139
§ 52 Formelle Voraussetzungen von Unternehmensverträgen	141
§ 53 Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, §§ 295–298 AktG	142
§ 54 Verdeckter Beherrschungsvertrag	142
Kapitel 17. Bindungswirkungen und Laufzeit	151
§ 55 Bindung nur der Vertragsparteien der Nebenabrede	151
§ 56 Gesamt- und Einzelrechtsnachfolge	153
§ 57 Laufzeit von Gesellschaftervereinbarungen	160
Kapitel 18. Erfüllung sowie präventive Absicherung der Erfüllung von Nebenvereinbarungen	162
§ 58 Erfüllungsanspruch	162
§ 59 Schadenersatzanspruch	163
§ 60 Absicherung des Erfüllungsanspruchs	164

Inhaltsübersicht

Kapitel 19. Rechtsschutz	167
§ 61 Hauptsache- und Eilverfahren vor staatlichen Gerichten	167
§ 62 Schiedsverfahren	173
§ 63 Mediation	176
§ 64 Zwangsvollstreckung	177
Kapitel 20. Rechte der nicht an der Gesellschaftervereinbarung Beteiligten	179
§ 65 Informations- und Auskunftsrechte kraft Gesetzes	179
§ 66 Auskunftsanspruch kraft Treupflicht	183
§ 67 Offenlegungspflichten im Vorfeld eines Anteilerwerbs	184
§ 68 Kontrahierungszwang	185
Kapitel 21. Kollisionsrecht und internationale Zuständigkeit	187
§ 69 Kollisionsrecht	187
§ 70 Internationale Zuständigkeit	192
B. Besonderer Teil	195
Kapitel 22. Stimmbindungsvereinbarung	196
§ 71 Allgemeines	196
§ 72 Konsortialvertrag	205
§ 73 Verträge über die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern und die Besetzung anderer Organe der Gesellschaft	211
§ 74 Absicherung der Mitgliedschaft im Stimmrechtspool bei Wechsel im Gesellschafterbestand	212
§ 75 Rechtsfolgen der vertragswidrigen Stimmabgabe	213
§ 76 Rechtsfolgen bei unwirksamer Stimmbindungsvereinbarung	213
§ 77 Prozessuale Durchsetzung	214
§ 78 Satzungsgestaltungen	214
§ 79 Laufzeit der Stimmbindungsvereinbarung	215
Kapitel 23. Veräußerungsverbote, Veräußerungsrechte und Veräußerungspflichten	217
§ 80 Veräußerungsverbote	217
§ 81 Mitveräußerungsrechte und -pflichten	221
Kapitel 24. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Leitungs- oder Aufsichtsorgans	228
§ 82 Bestellung eines Geschäftsführers oder eines Vorstandsmitglieds	228
§ 83 Abberufung eines Geschäftsführers oder eines Vorstandsmitglieds	228
§ 84 Abreden über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	232
Kapitel 25. Absprachen zur Finanzierung einer Gesellschaft	234
§ 85 Zusage der künftigen Gewährung von Darlehen	234
§ 86 Schuldrechtliche Vereinbarungen über Kapitalbeschaffungsmaßnahmen	236
§ 87 Erlös- und Liquidationspräferenzen	249
§ 88 Verwässerungsschutzklauseln	253
Kapitel 26. Vorhand- und Vorkaufsrechte; Andienungspflichten	256
§ 89 Andienungsrechte (Verkaufsrecht; Put-Option)	257
§ 90 Andienungspflichten und Vorerwerbsrechte	261
§ 91 Aufgriffsrechte	265
§ 92 Vorkaufs- und Ankaufsrechte	266
§ 93 Formerfordernis	268
Kapitel 27. Vereinbarungen über Unternehmensgegenstand und Geschäftstätigkeit	270
Kapitel 28. Gewinnverteilung	272
§ 94 Gesetzliche Regelungen	272
§ 95 Nebenvereinbarungen	273

Inhaltsübersicht

Kapitel 29. Voraussetzung für ein Abfindungsguthaben	276
§ 96 Beschluss des BGH vom 15.3.2010 – II ZR 4/09	276
§ 97 Inhalt der schuldrechtlichen Vereinbarung über die Abfindung	277
Kapitel 30. Grundvereinbarungen der Muttergesellschaften von Gemeinschaftsunternehmen	279
§ 98 Die Grundvereinbarung	279
§ 99 Verhältnis von Grundvereinbarung und Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	285
§ 100 Koordinierung der Laufzeit von Grundvereinbarung und Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	287
§ 101 Konzernrechtliche Auswirkungen der Grundvereinbarung	287
Kapitel 31. Beitragspflichten, Verlustübernahmen, Liquiditätszusagen, Patronatserklärungen, Garantieerklärungen	289
§ 102 Beitragspflichten	289
§ 103 Verlustdeckungs- und Liquiditätszusagen	291
§ 104 Patronatserklärungen	294
§ 105 Garantieerklärungen	295
§ 106 Keine Formbedürftigkeit aufgrund von Schenkungsvorschriften	295
Kapitel 32. Das faktische Organ kraft schuldrechtlicher Nebenabrede	296
§ 107 Einführung	296
§ 108 Einrichtung eines fakultativen Gremiums	298
§ 109 Die Übertragung organschaftlicher Befugnisse auf einen schuldrechtlichen Beirat	299
§ 110 Schaffung eines schuldrechtlichen Beirats – Muster	303
Kapitel 33. Pflicht zur Unterlassung von Wettbewerb	306
§ 111 Einführung	306
§ 112 Wettbewerbsverbot kraft Treuepflicht aufgrund schuldrechtlicher Nebenabrede	306
§ 113 Schuldrechtliche Wettbewerbsverbote	308
§ 114 Folgen von Verstößen	312
C. Steuerliche Auswirkungen schuldrechtlicher Nebenvereinbarungen	314
Kapitel 34. Erbschaftsteuerrecht	314
Kapitel 35. Untergang steuerlicher Verlustvorträge bei schädlichen Beteiligungserwerben nach §§ 8c, 8d KStG	317
§ 115 Einführung	317
§ 116 Grundtatbestand zum Wegfall steuerlicher Verlustvorträge (§ 8c KStG)	319
§ 117 Rückausnahme durch Sanierungsklausel des § 8d KStG	321
D. Kartellrecht und Gesellschaftervereinbarungen	323
Kapitel 36. Überblick über das Kartellrecht	323
Kapitel 37. Relevanz des Kartellrechts für Gesellschaftervereinbarungen ..	324
Kapitel 38. Das Verhältnis von Fusionskontrolle und Kartellverbot	325
§ 118 Prinzip der Doppelkontrolle	325
§ 119 Unterschiedlicher Prüfungsumfang im Fusionskontrollverfahren	325
Kapitel 39. Grundlagen der Fusionskontrolle	327
§ 120 Relevanz, Organisation und Funktion der Fusionskontrolle	327
Kapitel 40. Grundzüge der Fusionskontrolle	329
§ 121 Anmeldepflichtige Vorhaben; Zusammenschlusstatbestände	329
§ 122 Bestehen einer Anmeldepflicht (Schwellenwerte)	334
§ 123 Ablauf des Fusionskontrollverfahrens	338
§ 124 Vollzugsverbot	344
§ 125 Überblick über materielle Kriterien der Prüfung	344

Kapitel 41. Fusionskontrollpflicht bei typischen Inhalten von Gesellschaftervereinbarungen	347
§ 126 Gemeinschaftsunternehmen und Fusionskontrolle	347
§ 127 Minderheitsbeteiligungen	350
§ 128 Sukzessiver Erwerb von Anteilen und Rechten	351
§ 129 Stimmbindungsvereinbarungen und Stimmrechtspools	351
§ 130 Optionsrechte	356
§ 131 Vorkaufsrechte	359
§ 132 Nutzungsrechte	360
§ 133 Sonderrechte für einzelne Gesellschafter	360
§ 134 „Passiver Kontrollerwerb“ bei Kündigung von Gesellschaftervereinbarungen oder Ausscheiden von Gesellschaftern	361
§ 135 Treuhandverhältnisse	361
Kapitel 42. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (Kartellverbot, Art. 101 AEUV, §§ 1 ff. GWB)	363
§ 136 Begriff, Zweck und Reichweite des Kartellverbots	363
§ 137 Voraussetzungen des Kartellverbots	363
§ 138 Folgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot	369
Kapitel 43. Kartellrechtliche Zulässigkeit der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens	372
§ 139 Zum Begriff des Gemeinschaftsunternehmens	372
§ 140 Die Anwendung des Kartellverbots	372
§ 141 Abgrenzungshilfe: Kooperative und konzentrierte Gemeinschaftsunternehmen	372
§ 142 Fallgruppen nach der Praxis des Bundeskartellamts	373
§ 143 Folgen der Anwendbarkeit des Kartellverbots	376
Kapitel 44. Zulässigkeit typischer Klauseln in Gesellschaftervereinbarungen	377
§ 144 Wettbewerbsverbote	377
§ 145 Abwerbverbote	383
§ 146 Lizenzvereinbarungen	383
§ 147 Liefer- und Bezugsvereinbarungen	383
§ 148 Ergebnisools	384
§ 149 Informationsrechte/Informationsaustausch	384
E. Gestaltungsmuster	387
Kapitel 46. Vollständiges Muster einer Beteiligungs- und Gesellschaftervereinbarung	387
Präambel	388
Sachverzeichnis	405

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Formulierungsmuster	XXVII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
A. Allgemeiner Teil	1
Kapitel 1. Bedeutung und Gegenstand der Nebenabrede	1
Kapitel 2. Einführung: Zulässigkeit und Risiken von Nebenabreden	9
Kapitel 3. Publizität von Nebenabreden; Transparenzregister	11
§ 1 Einleitung; Grundsatz	11
§ 2 Publizität durch Transparenzregister	11
I. Einleitung	11
II. Anwendungsbereich	12
1. Mitteilungspflichtige Vereinigung	12
2. Wirtschaftlich Berechtigter	12
3. Umfang der Mitteilungspflicht, jährliche Prüfungs- und Compliance-Pflichten	13
4. Angabepflichtige	14
5. Entfallen der Mitteilungspflicht (Meldefiktion)	15
6. Sanktionen	16
7. Einsichtnahme	16
III. Bedeutung für schuldrechtliche Nebenvereinbarungen	17
1. Wirtschaftlich Berechtigter aufgrund schuldrechtlicher Nebenvereinbarung	17
2. Stimmbindungs- und Poolvereinbarungen	18
3. Vereinbarungen zur Personalpolitik (Bestellung der Gesellschaftsorgane, etc.)	19
4. Vereinbarungen zur Unternehmenspolitik	20
5. Sonderrechte (Mehrstimmrecht, Vetorecht, Zustimmungsvorbehalt, etc.)	20
6. Treuhand	21
a) Gesellschaft als Treuhänder	21
b) Natürliche Person als Treuhänder	22
7. Unterbeteiligung und Nießbrauch	23
8. Stille Beteiligung	23
9. Sonstige Rechte (Vorerwerbsrechte, Gewinnverteilung)	24
10. Wirtschaftliche Berechtigung aus sonstigen Gründen	25
11. Keine zivilrechtliche Konsequenzen bei Verstoß gegen Meldepflicht	25
Kapitel 4. Überblick über die auf schuldrechtliche Nebenabreden anwendbaren Rechtsgrundsätze	27
§ 3 Vertragsschluss, Vertragsparteien und Wirkung zugunsten Dritter	27
§ 4 Auslegung, §§ 133, 157 BGB	29
§ 5 Wegfall der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	29
§ 6 Leistungsstörungen, Willensmängel und Grundsätze über die fehlerhaften Gesellschaft	30
§ 7 Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	30
§ 8 Anwendung der Vorschriften über die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	30

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 5. Unterschiede und Abgrenzung von Satzung und Gesellschaftsvertrag auf der einen und Nebenvereinbarung auf der anderen Seite	31
§ 9 Satzung einer Kapitalgesellschaft und Nebenabrede	31
I. Rechtsnatur von Satzung und Nebenabrede	32
1. Notwendig echte Satzungsbestandteile	33
2. Notwendig unechte Satzungsbestandteile	34
3. Zuordnung durch Ausübung des Gestaltungswahrechts	34
II. Form von Satzung und Nebenabrede	36
III. Auslegung und Umdeutung von Satzung und Nebenabrede	37
1. Auslegung von Satzungen	37
2. Auslegung von Gesellschaftervereinbarungen	40
§ 10 Wechselwirkungen von Nebenabrede und Satzung	41
I. Berücksichtigung von Nebenabreden bei der Satzungsauslegung	41
II. Konkretisierung von Satzungsgeneralklauseln durch Gesellschaftervereinbarungen	42
III. Änderung und Bindungswirkung von Satzung und Nebenabrede	42
§ 11 Nebenabreden und Personengesellschaftsvertrag	43
Kapitel 6. Satzungsüberlagernde Nebenabreden	46
§ 12 Problemstellung	46
§ 13 Trennungsprinzip und grundsätzliches Verhältnis zwischen Satzung und Nebenabrede	46
§ 14 Durchbrechungen des Trennungsprinzips	47
I. Rechtsprechung	47
1. Urteil des BGH vom 20.1.1983 – II ZR 243/81 („Kerbnägel“)	47
2. Urteil des BGH vom 27.10.1986 – II ZR 240/85	48
3. Urteil des BGH vom 7.6.1993 – II ZR 81/92	49
4. Urteil des OLG Stuttgart vom 7.2.2001 – 20 U 52/97	50
II. Stellungnahme	51
Kapitel 7. Umdeutung von Gesellschafterbeschlüssen in schuldrechtliche Nebenvereinbarungen	53
§ 15 Rechtsprechung	53
§ 16 Satzungsdurchbrechende Beschlüsse	55
§ 17 Umdeutung in schuldrechtliche Nebenvereinbarung	57
I. Voraussetzungen der Umdeutung	57
II. Rechtsfolgen der Umdeutung	58
§ 18 Schuldrechtliche Vereinbarung eines zustandsbegründenden, satzungsdurchbrechenden Inhalts und zur satzungsdurchbrechenden Beschlussfassung	60
Kapitel 8. Formbedürftigkeit von Nebenabreden	62
§ 19 Grundsatz der Formfreiheit	62
§ 20 Ausnahme vom Grundsatz der Formfreiheit: Formbedürftige Nebenabreden	62
I. Verpflichtung zu Satzungsänderungen: Änderung unechter und echter Satzungsbestandteile	62
II. Besondere Formvorschriften	64
Kapitel 9. Nebenvereinbarungen als Gesellschaftsverträge einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	66
§ 21 Zustandekommen des Gesellschaftsverhältnisses	66
I. Voraussetzung für die Begründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	66
II. Unbeachtlichkeit von Negativklauseln	67
III. Mehrere Nebenabreden nebeneinander	68

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Innengesellschaft	68
I. Innengesellschaft im weiteren Sinne	69
II. Innengesellschaft im engeren Sinne	69
§ 23 Fehlerhafte Gesellschaft	69
§ 24 Fehlerhafte Vertragsänderungen	71
I. Typische fehlerhafte Vertragsänderungen	71
II. Rechtsfolge fehlerhafter Vertragsänderungen	71
1. Diskussionsstand	72
2. Insbesondere: Gesellschafterwechsel	72
a) Beitritt	73
b) Ausscheiden	73
c) Kombination aus Beitritt und Ausscheiden	73
d) Beitritt oder Ausscheiden Minderjähriger	74
§ 25 Beendigungstatbestände der Nebenvereinbarung bei Begründung eines Gesellschaftsverhältnisses	74
Kapitel 10. AGB-rechtliche Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB	75
§ 26 Auslegung	75
I. Wortlaut	75
II. Historie	76
III. Systematik sowie Sinn und Zweck	76
§ 27 Abgrenzung von Nebenabreden	78
I. Nebenabrede begründet eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts	78
II. Kein Gesellschaftsverhältnis: Auslegung nach Vertragsgegenstand und Vertragsparteien	78
III. Einzelfälle von Nebenabreden	79
1. Depotstimmrechtsverträge	79
2. Stimmrechtsverträge zwischen Gesellschafter	79
3. Treuhandverträge	79
4. Anteilsveräußerungen oder die Belastung von Anteilen mit Rechten Dritter	80
5. Einlageleistungen, Nachschusspflichten und Milestone- Vereinbarungen	80
Kapitel 11. Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Treuepflicht und Nebenvereinbarungen	81
§ 28 Einführung: Rechtsnatur der Treuepflicht, Anwendungsbereich und Inhalt	81
§ 29 Konkretisierung der Treuepflicht durch außerstatutarische Abreden	82
I. Nebenvereinbarung und Treuepflicht in der Aktiengesellschaft	82
II. Nebenvereinbarung und Treuepflicht in der GmbH	83
III. Verweis in der Satzung auf die Nebenabrede	83
IV. Stellungnahme	83
§ 30 Treuepflichtverletzung bei Abschluss oder Erfüllung einer Nebenabrede	84
Kapitel 12. Unwirksamkeitstatbestände	86
§ 31 Nichtigkeit gemäß §§ 134, 138 BGB sowie wegen Verstoßes gegen die Treuepflicht	86
I. Einlagenrückgewähr	86
II. Vereinbarungen über die Stimmrechtsausübung	87
1. Stimmenkauf und treupflichtwidrige Stimmausübung	87
2. Abgrenzung des rechtswidrigen Stimmenkaufs zur Stimmbündelung und zu Wahlabsprachen	88
3. Nebenvereinbarung zur Umgehung eines Stimmverbotes	89
4. Stimmbindung zu Gunsten der Verwaltung, § 136 Abs. 2 AktG	89

Inhaltsverzeichnis

a) Voraussetzungen des § 136 Abs. 2 AktG	89
aa) Bindung an Weisungen der Gesellschaft	89
bb) Bindung an Weisungen des Vorstands oder des Aufsichtsrats	90
cc) Bindung an Weisungen abhängiger Unternehmen	90
dd) Bindung an Abstimmungsvorschläge der Verwaltung	90
ee) Analoge Anwendung	90
b) Rechtsfolge des § 136 Abs. 2 AktG	91
c) Keine analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG auf Gesellschaften anderer Rechtsform	91
III. Verpflichtung zur unentgeltlichen Rückübertragung entgeltlich erworbener Aktien	92
IV. Knebelung	93
V. Treupflichtwidrigkeit der Nebenabrede	94
§ 32 Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen den Gesellschaftsvertrag oder gesellschaftsrechtliche Prinzipien	94
§ 33 Grenzziehung zwischen Nebenabrede und Verbandssouveränität	96
§ 34 Einräumung von Sonderrechten	98
§ 35 Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz	98
I. Gleichbehandlungsgrundsatz	98
II. Gleichbehandlungsgrundsatz und Nebenabreden	99
1. Keine Geltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes für Nebenabreden	99
2. Verzicht auf Gleichbehandlungsgrundsatz durch Nebenabrede	100
§ 36 Verbot von Nebenvereinbarungen in Satzung	101
I. Wirksamkeit	101
1. Verbot in der Satzung einer GmbH	101
2. Verbot in der Satzung einer Aktiengesellschaft	101
II. Verstoßfolgen	102
§ 37 Vinkulierungs- und Höchststimmrechtsklauseln und Nebenvereinbarungen	103
§ 38 Scheingeschäft	104
§ 39 Rechtsfolgen bei Teil- oder Gesamtnichtigkeit der Nebenabrede	104
I. Variante 1: Nebenabrede begründete kein Gesellschaftsverhältnis bürgerlichen Rechts	104
II. Variante 2: Nebenabrede begründete ein Gesellschaftsverhältnis bürgerlichen Rechts	105
Kapitel 13. Konzernierung durch Nebenabreden	107
§ 40 Allgemeines	107
§ 41 Schutz im faktischen Aktienkonzern	108
§ 42 Schutz im faktischen GmbH-Konzern	110
Kapitel 14. Fernwirkungen	112
§ 43 Kapitalmarktrecht	112
I. Meldepflichten nach WpHG	112
1. Allgemeines zu §§ 33 ff. WpHG	112
2. Schuldrechtliche Nebenvereinbarungen und § 34 Abs. 2 S. 1 1. HS WpHG	116
3. Schuldrechtliche Nebenvereinbarungen und § 38 Abs. 1 WpHG	118
4. Inhalt und Form von Mitteilungen und Rechtsfolgen unterlassener Mitteilungen	120
II. Übernahmeangebot nach WpÜG	120
III. Insiderrecht	122
§ 44 Zurechnungsvorschriften nach AktG und HGB	124
I. Zurechnungen gemäß § 20 Abs. 1 (i. V. m. § 16 Abs. 4) AktG, § 20 Abs. 2 AktG	124

II. Mitteilungspflichten von Stimmrechtspools	127
1. Stimmrechtspool als Innengesellschaft ohne eigenes Vermögen	127
2. Stimmrechtspool als Aktionär	127
3. Stimmrechtspool als Außengesellschaft ohne eigenes Vermögen	127
§ 45 Beschränkungen des Stimmrechts bei Aktiengesellschaften (§ 134 Abs. 1 S. 2, 3, 4 AktG)	128
§ 46 Konzernabschluss (§ 290 Abs. 3 S. 1, 2 HGB)	128
Kapitel 15. Schutz vor Umgehung gesellschaftsvertraglicher	
Vinkulierungen und Höchststimmrechte durch Nebenabreden	129
§ 47 Einleitung	129
§ 48 Vinkulierungsklauseln	129
I. Aktiengesellschaft	129
1. Allgemeines	129
2. Umgehung der Vinkulierungsklausel durch Nebenabrede	130
3. Rechtsfolge bei Verstoß gegen Vinkulierungsklausel	131
II. GmbH	132
1. Allgemeines	132
2. Umgehung der Vinkulierungsklausel durch Nebenabrede	133
3. Rechtsfolge bei Verstoß gegen Vinkulierungsklausel	134
§ 49 Höchststimmrechte	135
I. Aktiengesellschaft	135
1. Allgemeines	135
2. Umgehung der Höchststimmrechtsklausel durch Nebenabrede	136
II. Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gesellschaften anderer Rechtsform	137
§ 50 Fazit	138
Kapitel 16. Gesellschaftervereinbarungen als verdeckte	
Beherrschungsverträge	139
§ 51 Persönliche und materielle Anforderungen an Unternehmensverträge	139
§ 52 Formelle Voraussetzungen von Unternehmensverträgen	141
§ 53 Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, §§ 295–298 AktG	142
§ 54 Verdeckter Beherrschungsvertrag	142
I. Begriff	142
II. Gesellschaftervereinbarungen als verdeckte Beherrschungsverträge	143
III. Unwirksamkeit eines verdeckten Beherrschungsvertrages	144
IV. Rechtsfolgen der Durchführung eines verdeckten Beherrschungsvertrages	145
1. Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	145
2. §§ 311 ff. AktG	147
3. Analoge Anwendung der §§ 302 ff. AktG	147
4. Grundsätze des qualifiziert faktischen Konzerns / existenzvernichtenden Eingriffs	148
5. Stellungnahme	149
Kapitel 17. Bindungswirkungen und Laufzeit	151
§ 55 Bindung nur der Vertragsparteien der Nebenabrede	151
I. Bindung inter partes	151
II. Einbeziehung der Gesellschaft als Vertragspartei oder mittels Vertrages zu ihren Gunsten	151
III. Keine Bindung der Gesellschaftsorgane	152
IV. Hinweise für die Kautelarpraxis	152
§ 56 Gesamt- und Einzelrechtsnachfolge	153
I. Einzelrechtsnachfolge	153
1. Gesonderte rechtsgeschäftliche Übernahme notwendig	153

Inhaltsverzeichnis

2. Konkludente Vertragsübernahme	153
3. Gleichlauf von Gesellschafterstellung und Partei der Nebenabrede ...	154
4. Schicksal des Altgesellschafters	156
II. Gesamtrechtsnachfolge	157
1. Gesamtrechtsnachfolge durch Erbschaft	157
2. Maßnahmen nach dem UmwG	158
§ 57 Laufzeit von Gesellschaftervereinbarungen	160
I. Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts	160
II. Höchstgrenze für Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts	160
III. Gestaltungsvarianten zur Harmonisierung der Laufzeiten von Nebenvereinbarung und Gesellschaftsvertrag	161
Kapitel 18. Erfüllung sowie präventive Absicherung der Erfüllung von Nebenvereinbarungen	162
§ 58 Erfüllungsanspruch	162
§ 59 Schadenersatzanspruch	163
I. Naturalrestitution	163
II. Schadenersatz in Geld	163
§ 60 Absicherung des Erfüllungsanspruchs	164
I. Kündigung des Vertragsbrüchigen oder Ausschluss aus der Sekundärgesellschaft	164
II. Ausschluss aus der Primärgesellschaft	164
III. Stimmrechtsvollmacht	165
IV. Vertragsstrafe	166
Kapitel 19. Rechtsschutz	167
§ 61 Hauptsache- und Eilverfahren vor staatlichen Gerichten	167
I. Hauptsacheverfahren vor staatlichen Gerichten	167
1. Erfüllungsklage	167
a) Zulässigkeit der Erfüllungsklage	167
b) Aktiv- und Passivlegitimation	167
c) Klageantrag (Stimmbindungsvereinbarung)	167
d) Rechtsschutzbedürfnis	168
2. Beschlussanfechtung	168
II. Einstweiliger Rechtsschutz vor staatlichen Gerichten	169
1. Einstweilige Verfügung	169
a) Allgemeines	169
b) Vollziehung eines abredewidrig gefassten Gesellschafterbeschlusses	170
c) Vorwegnahme der Hauptsache (Stimmbindungsvereinbarungen) ..	170
d) Keine Differenzierung zwischen Stimmgabe und Unterlassen einer Stimmgabe	170
e) Einstweilige Verfügung bei Verstößen gegen Stimmbindungsvereinbarung grundsätzlich zulässig	170
f) Verfügungsgrund (Fallgruppen)	172
g) Zusammentreffen von Beschlussfassung und Beschlussausführung ..	172
h) Beschlüsse von gravierender Bedeutung	172
2. Arrest	172
§ 62 Schiedsverfahren	173
I. Schiedsvereinbarung	173
II. Beschlussmängelstreitigkeiten / Durchbruch auf Ebene der Primärgesellschaft	175
III. Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahren	176
§ 63 Mediation	176
§ 64 Zwangsvollstreckung	177

Kapitel 20. Rechte der nicht an der Gesellschaftervereinbarung Beteiligten	179
§ 65 Informations- und Auskunftsrechte kraft Gesetzes	179
I. Aktiengesellschaft	179
1. Allgemeines	179
2. Angelegenheiten der Gesellschaft und Erforderlichkeit	180
3. Auskunftsverweigerung	181
4. Praktische Bedeutung	181
II. GmbH	181
1. Allgemeines	181
2. Angelegenheiten der Gesellschaft	182
3. Informationsinteresse des auskunftsbegehrenden Gesellschafters?	182
4. Auskunftsverweigerung	183
§ 66 Auskunftsanspruch kraft Treuepflicht	183
I. Auskunftsanspruch der Gesellschafter	183
II. Auskunftsanspruch der Gesellschaft	184
§ 67 Offenlegungspflichten im Vorfeld eines Anteilserwerbs	184
I. Schuldrechtlicher Auskunftsanspruch	184
II. Auskunftsanspruch kraft Treuepflicht	185
§ 68 Kontrahierungszwang	185
Kapitel 21. Kollisionsrecht und internationale Zuständigkeit	187
§ 69 Kollisionsrecht	187
I. Abgrenzung Vertrags- und Gesellschaftsstatut	187
II. Rechtsprechung	187
1. RG, Urt. v. 17.6.1939 – II 19/39	187
2. BGH, Urt. v. 21.9.1995 – VII ZR 248/94	187
III. Literatur	188
IV. Stellungnahme	189
V. Bestimmung des Vertragsstatuts	191
1. Subjektive Anknüpfung (Rechtswahl)	191
2. Objektive Anknüpfung	191
§ 70 Internationale Zuständigkeit	192
I. Beklagter hat seinen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat	192
1. Anwendungsbereich der EuGVVO	192
2. Gerichtsstand	192
II. Beklagter hat seinen Wohnsitz nicht in einem EU-Mitgliedstaat	193
B. Besonderer Teil	195
Kapitel 22. Stimmbindungsvereinbarung	196
§ 71 Allgemeines	196
I. Begriff und Motive	196
II. Rechtsnatur	197
1. Innengesellschaft bürgerlichen Rechts	197
2. Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag	197
3. Vertragliche Nebenpflicht	197
4. Form	198
5. Zulässigkeit	198
a) Grundsatz	198
b) Fallgruppen	198
aa) Stimmbindung zwischen Gesellschaftern	199
bb) Stimmbindung gegenüber gesellschaftsfremden Dritten	199
cc) Stimmbindung gegenüber Gesellschaftsorganen	200

Inhaltsverzeichnis

c) Grenzen der Stimmbindung	201
aa) Stimmverbot des Berechtigten	201
bb) Treuepflicht	202
cc) Stimmenkauf	202
dd) Kartellrecht	205
§ 72 Konsortialvertrag	205
I. Das Urteil des BGH vom 24.11.2008 –	206
II. Das Urteil des BGH vom 13.6.1994 –	207
III. Bewertung	208
IV. Verfahrensregelungen zur Meinungsbildung im Konsortium und Stimmrechtsausübung	210
§ 73 Verträge über die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern und die Besetzung anderer Organe der Gesellschaft	211
§ 74 Absicherung der Mitgliedschaft im Stimmrechtspool bei Wechsel im Gesellschafterbestand	212
§ 75 Rechtsfolgen der vertragswidrigen Stimmabgabe	213
I. Erfüllungsanspruch	213
II. Schadenersatzanspruch	213
III. Auswirkungen auf den gefassten Beschluss	213
§ 76 Rechtsfolgen bei unwirksamer Stimmbindungsvereinbarung	213
§ 77 Prozessuale Durchsetzung	214
§ 78 Satzungsgestaltungen	214
§ 79 Laufzeit der Stimmbindungsvereinbarung	215
Kapitel 23. Veräußerungsverbote, Veräußerungsrechte und Veräußerungspflichten	217
§ 80 Veräußerungsverbote	217
I. Gesellschaften mit beschränkter Haftung	217
1. Arten von Vinkulierungsklauseln	217
2. Wirkung von Vinkulierungsklauseln und Nebenvereinbarungen	219
II. Aktiengesellschaft	220
§ 81 Mitveräußerungsrechte und -pflichten	221
I. Mitverkaufsrechte („Tag-along“-Rechte)	222
II. Mitverkaufspflichten („Drag-along“-Rechte)	223
III. Regelungsstandort und Zulässigkeitschranken	224
IV. Formulierungsvorschläge	226
1. Tag along-Klausel	226
a) Variante 1:	226
b) Variante 2:	226
c) Variante 3:	226
2. Drag along-Klausel	227
a) Variante 1:	227
b) Variante 2:	227
Kapitel 24. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Leitungs- oder Aufsichtsorgans	228
§ 82 Bestellung eines Geschäftsführers oder eines Vorstandsmitglieds	228
§ 83 Abberufung eines Geschäftsführers oder eines Vorstandsmitglieds	228
I. Abberufung eines Geschäftsführers einer GmbH	228
1. Vereinbarung über die Voraussetzungen einer Abberufung	229
2. Stimmbindungsverträge	230
II. Besonderheiten bei der Aktiengesellschaft	231
§ 84 Abreden über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	232

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 25. Absprachen zur Finanzierung einer Gesellschaft	234
§ 85 Zusage der künftigen Gewährung von Darlehen	234
§ 86 Schuldrechtliche Vereinbarungen über Kapitalbeschaffungsmaßnahmen	236
I. Verpflichtungen zur Kapitalerhöhung	237
II. Unterlassung von Kapitalerhöhungen	241
III. Korporative Regelungen zur Kapitalerhöhung	241
IV. Übernahme der neuen Anteile	241
V. Vereinbarung über schuldrechtliche Mehrleistungen (schuldrechtliches Agio)	244
1. Besonderheiten bei der Aktiengesellschaft	245
2. Schuldrechtliches Agio bei der GmbH	247
VI. Genehmigtes Kapital	247
1. Genehmigtes Kapital bei der Aktiengesellschaft	248
2. Genehmigtes Kapital bei der GmbH	249
§ 87 Erlös- und Liquidationspräferenzen	249
§ 88 Verwässerungsschutzklauseln	253
Kapitel 26. Vorhand- und Vorkaufsrechte; Andienungspflichten	256
§ 89 Andienungsrechte (Verkaufsrecht; Put-Option)	257
§ 90 Andienungspflichten und Vorerwerbsrechte	261
§ 91 Aufgriffsrechte	265
§ 92 Vorkaufs- und Ankaufsrechte	266
§ 93 Formerfordernis	268
Kapitel 27. Vereinbarungen über Unternehmensgegenstand und Geschäftstätigkeit	270
Kapitel 28. Gewinnverteilung	272
§ 94 Gesetzliche Regelungen	272
§ 95 Nebenvereinbarungen	273
Kapitel 29. Voraussetzung für ein Abfindungsguthaben	276
§ 96 Beschluss des BGH vom 15.3.2010 – II ZR 4/09	276
§ 97 Inhalt der schuldrechtlichen Vereinbarung über die Abfindung	277
Kapitel 30. Grundvereinbarungen der Muttergesellschaften von Gemeinschaftsunternehmen	279
§ 98 Die Grundvereinbarung	279
I. Formvorschriften	280
II. Typischer Inhalt von Grundvereinbarungen	280
1. Allgemeine Regelungen zum Unternehmenskonzept	281
2. Auflösung einer Pattsituation (deadlock)	281
a) Lösungsvarianten	281
b) Deadlock-Klausel	282
3. Exit-Optionen	282
a) „Russian Roulette“-Klausel	283
b) „Texan Shoot-out“-Klausel	284
4. Erwerbsvorrechte	284
5. Mitverkaufs- und Mitnahmerechte	285
6. Sonstige Regelungen	285
§ 99 Verhältnis von Grundvereinbarung und Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	285
§ 100 Koordinierung der Laufzeit von Grundvereinbarung und Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	287
§ 101 Konzernrechtliche Auswirkungen der Grundvereinbarung	287
Kapitel 31. Beitragspflichten, Verlustübernahmen, Liquiditätszusagen, Patronatserklärungen, Garantieerklärungen	289
§ 102 Beitragspflichten	289

Inhaltsverzeichnis

§ 103 Verlustdeckungs- und Liquiditätszusagen	291
I. Verlustdeckungszusage	291
II. Liquiditätszusage	292
§ 104 Patronatserklärungen	294
§ 105 Garantieerklärungen	295
§ 106 Keine Formbedürftigkeit aufgrund von Schenkungsvorschriften	295
Kapitel 32. Das faktische Organ kraft schuldrechtlicher Nebenabrede	296
§ 107 Einführung	296
§ 108 Einrichtung eines fakultativen Gremiums	298
I. Abgrenzung zum fakultativen Aufsichtsrat gemäß § 52 GmbHG	298
II. Bildung eines fakultativen Gremiums	298
§ 109 Die Übertragung organschaftlicher Befugnisse auf einen schuldrechtlichen Beirat	299
I. Zulässigkeit der Übertragung organschaftlicher Befugnisse	299
II. Überwachung der Geschäftsführung ohne Übertragung organschaftlicher Befugnisse	300
III. Beteiligung von Nichtgesellshaftern im Beirat	302
§ 110 Schaffung eines schuldrechtlichen Beirats – Muster	303
Kapitel 33. Pflicht zur Unterlassung von Wettbewerb	306
§ 111 Einführung	306
§ 112 Wettbewerbsverbot kraft Treuepflicht aufgrund schuldrechtlicher Nebenabrede	306
I. Wettbewerbsverbot zu Lasten von Gesellschaftern	306
II. Wettbewerbsverbot kraft Treuepflicht durch schuldrechtliche Nebenabrede	307
§ 113 Schuldrechtliche Wettbewerbsverbote	308
I. Notwendigkeit schuldrechtlicher Wettbewerbsverbote	308
II. Zulässigkeit	308
III. Inhaltliche Ausgestaltung und gesetzliche Grenzen	309
1. Gesellschafter einer GmbH	309
2. Aktionäre einer Aktiengesellschaft	312
IV. Vertragsstrafe	312
§ 114 Folgen von Verstößen	312
C. Steuerliche Auswirkungen schuldrechtlicher Nebenvereinbarungen	314
Kapitel 34. Erbschaftsteuerrecht	314
Kapitel 35. Untergang steuerlicher Verlustvorträge bei schädlichen Beteiligungserwerben nach §§ 8c, 8d KStG	317
§ 115 Einführung	317
§ 116 Grundtatbestand zum Wegfall steuerlicher Verlustvorträge (§ 8c KStG)	319
I. Vermittlung des Tatbestandsmerkmals des „Nahestehens“ durch Gesellschaftervereinbarungen	320
II. Vermittlung des Tatbestandsmerkmals der „gleichgerichteten Interessen“ durch Gesellschaftervereinbarungen	320
§ 117 Rückausnahme durch Sanierungsklausel des § 8d KStG	321
D. Kartellrecht und Gesellschaftervereinbarungen	323
Kapitel 36. Überblick über das Kartellrecht	323
Kapitel 37. Relevanz des Kartellrechts für Gesellschaftervereinbarungen	324
Kapitel 38. Das Verhältnis von Fusionskontrolle und Kartellverbot	325
§ 118 Prinzip der Doppelkontrolle	325
§ 119 Unterschiedlicher Prüfungsumfang im Fusionskontrollverfahren	325

Kapitel 39. Grundlagen der Fusionskontrolle	327
§ 120 Relevanz, Organisation und Funktion der Fusionskontrolle	327
Kapitel 40. Grundzüge der Fusionskontrolle	329
§ 121 Anmeldepflichtige Vorhaben; Zusammenschlusstatbestände	329
I. Kontrollerwerb	329
1. Begriff der Kontrolle	330
2. Erwerb der alleinigen Kontrolle	330
3. Erwerb der gemeinsamen Kontrolle	331
4. Änderung der Kontrolle	332
II. Anteils- oder Stimmrechtserwerb	332
III. Erwerb eines wettbewerblich erheblichen Einflusses	333
§ 122 Bestehen einer Anmeldepflicht (Schwellenwerte)	334
I. Beteiligte Unternehmen	334
II. Berechnung der maßgeblichen Umsätze	335
III. Schwellenwerte	336
1. Deutsche Fusionskontrolle	336
2. EU-Fusionskontrolle	337
IV. Ausnahmen von der Anmeldepflicht	337
V. Die Person des Erwerbers: Unternehmen, Privatperson, Staat	338
§ 123 Ablauf des Fusionskontrollverfahrens	338
I. Verfahren beim Bundeskartellamt	338
1. Anmeldung	338
2. Vorprüfverfahren	339
3. Hauptprüfverfahren	339
4. Kosten und Vollzugsanzeige	339
II. Verfahren bei der EU-Kommission	340
1. Voranmeldeverfahren	340
2. Phase I (Voruntersuchungsphase)	340
3. Phase II (Hauptverfahren)	342
4. Vereinfachtes Verfahren	343
III. Rechtsschutz	343
§ 124 Vollzugsverbot	344
§ 125 Überblick über materielle Kriterien der Prüfung	344
Kapitel 41. Fusionskontrollpflicht bei typischen Inhalten von	
Gesellschaftervereinbarungen	347
§ 126 Gemeinschaftsunternehmen und Fusionskontrolle	347
I. Gemeinschaftsunternehmen und EU-Fusionskontrolle	347
1. Anmeldepflicht nur bei Vollfunktion	347
2. Änderung der Tätigkeit des Gemeinschaftsunternehmens	348
II. Gemeinschaftsunternehmen und deutsche Fusionskontrolle	349
1. Begriffsverständnis	349
2. Besonderheiten im Vergleich zum EU-Recht	350
§ 127 Minderheitsbeteiligungen	350
§ 128 Sukzessiver Erwerb von Anteilen und Rechten	351
§ 129 Stimmbindungsvereinbarungen und Stimmrechtspools	351
I. Überblick über relevante Konstellationen	351
II. Übertragung der Stimmrechtsausübung auf einen anderen	
Gesellschafter	352
III. Verpflichtung zweier oder mehrerer Gesellschafter zum einheitlichen	
Stimmverhalten (Stimmrechtspools, Stimmfolgevereinbarungen)	353
IV. Stimmbindungsverträge ohne Einigungszwang	355
V. Stimmrechtsbindung bei kontrollierenden Gesellschaftern	355
VI. Stimmrechtsbeschränkungen	355

Inhaltsverzeichnis

VII. Gründung einer Vorschalt-/Holdinggesellschaft zur Stimmrechtsausübung	356
VIII. Konsortial-, Schutzgemeinschaftsverträge u. ä.	356
§ 130 Optionsrechte	356
I. Kontrollerwerb	356
1. Ausübung der Option	357
2. Einräumung der Option	357
II. Anteilserwerb und wettbewerbslich erheblicher Einfluss	358
§ 131 Vorkaufsrechte	359
§ 132 Nutzungsrechte	360
§ 133 Sonderrechte für einzelne Gesellschafter	360
§ 134 „Passiver Kontrollerwerb“ bei Kündigung von Gesellschaftervereinbarungen oder Ausscheiden von Gesellschaftern	361
§ 135 Treuhandverhältnisse	361
Kapitel 42. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (Kartellverbot, Art. 101 AEUV, §§ 1 ff. GWB)	363
§ 136 Begriff, Zweck und Reichweite des Kartellverbots	363
§ 137 Voraussetzungen des Kartellverbots	363
I. Handlungsformen	363
II. Unternehmen als Adressaten des Kartellverbots	364
III. Bezweckte oder bewirkte Wettbewerbsbeschränkung	364
IV. Ausnahmen vom Tatbestand des Kartellverbots	365
V. Konzernprivileg	365
VI. Freistellung vom Kartellverbot	366
1. Art. 101 Abs. 3 / § 2 Abs. 1 GWB	366
2. Gruppenfreistellungsverordnungen	367
3. Im deutschen Recht: Mittelstandskartelle (§ 3 GWB)	367
VII. Bagatellfälle	368
§ 138 Folgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot	369
I. Zivilrechtliche Folgen	369
II. Kartellverfahren	370
Kapitel 43. Kartellrechtliche Zulässigkeit der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens	372
§ 139 Zum Begriff des Gemeinschaftsunternehmens	372
§ 140 Die Anwendung des Kartellverbots	372
§ 141 Abgrenzungshilfe: Kooperative und konzentrierte Gemeinschaftsunternehmen	372
§ 142 Fallgruppen nach der Praxis des Bundeskartellamts	373
I. Der unkritische Fall: Typ U	374
II. Regelvermutung der Unzulässigkeit: Typ A	374
III. Erweiterung der Regelvermutung: Typ B	374
IV. Kritischer Informationsfluss: Typ C	375
§ 143 Folgen der Anwendbarkeit des Kartellverbots	376
Kapitel 44. Zulässigkeit typischer Klauseln in Gesellschaftervereinbarungen	377
§ 144 Wettbewerbsverbote	377
I. Überblick	377
II. Wettbewerbsverbot zulasten des Gemeinschaftsunternehmens	377
III. Wettbewerbsverbot zwischen den Gesellschaftern	378
IV. Kriterien für die Zulässigkeit des Wettbewerbsverbots zugunsten des Gemeinschaftsunternehmens	378
1. Legitime Zwecke eines Wettbewerbsverbots	378

Inhaltsverzeichnis

2. Erforderliche Begrenzung des Wettbewerbsverbots	379
3. Einfluss auf das Gemeinschaftsunternehmen	379
V. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	380
1. Ausscheiden eines Gesellschafters	381
2. Auflösung des Gemeinschaftsunternehmens	381
VI. Rechtsfolgen bei zu weiten Wettbewerbsverboten	382
VII. Zur Vertragsgestaltung	382
§ 145 Abwerbverbote	383
§ 146 Lizenzvereinbarungen	383
§ 147 Liefer- und Bezugsvereinbarungen	383
§ 148 Ergebnisools	384
§ 149 Informationsrechte/Informationsaustausch	384
E. Gestaltungsmuster	387
Kapitel 46. Vollständiges Muster einer Beteiligungs- und Gesellschaftervereinbarung	387
Präambel	388
Sachverzeichnis	405


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG